



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Dezember 2016
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

A 226 Anfrage Meyer Jörg und Mit. über die Auswirkungen eines budgetlosen Zustandes auf die Prämienverbilligung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 226 wurde auf die Dezember-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 110 zu 4 Stimmen zu. Jörg Meyer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Jörg Meyer: Das zuständige Departement hat uns offene und transparente Antworten vorgelegt, die unsere Arbeit erleichtern. Gleichzeitig bin ich von den Antworten aber tief betroffen, da sich der Kanton Luzern im Bereich der Prämienverbilligung in einer schlechten Situation befindet. Es kann nicht sein, dass aufgrund von politischen, gesetzestechnischen Manövern 77'503 Personen im Kanton Luzern auf die Prämienverbilligung warten müssen. Wir können die Ausgleichskasse in der sowieso schon arbeitsintensiven Zeit nicht noch mit Tausenden von Anfragen belasten. Ich bitte deshalb das zuständige Departement wirklich, die angetönte weitere Orientierung von potenziellen Bezügerinnen und Bezügerern umgehend an die Hand zu nehmen. Mit der Antwort bin ich deshalb nicht ganz zufrieden, weil sie sich ausschliesslich auf die geltende Rechtsordnung bezieht. Für viele Familien ist die Prämienverbilligung sehr wichtig. Dass nun gerade diese Familien, die dank dieser Mittel auf die wirtschaftliche Sozialhilfe verzichten können, nun so lange darauf warten müssen, ist meiner Meinung nach unhaltbar. Es besteht also ein klarer Handlungsbedarf, die Regierung zeigt diesbezüglich aber noch keine konkreten Massnahmen auf. Ich werde deshalb weitere Abklärungen vornehmen und auf die Januar-Session hin einen Vorstoss einreichen, um diesen Zustand beheben zu können.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Inhaltlich scheinen wir gemäss dem Votum von Jörg Meyer keine Differenzen zu haben. Die Gesetze werden durch den Kantonsrat beschlossen, und wir setzen sie um. Deshalb ist nun Ihr Rat gefordert.